# Newsletter Februar 2024

**Anja Butschkau MdL**
Wahlkreis:
Dortmund-Hombruch, Hörde, Lütgendortmund

Wahlkreisbüro Dortmund
Brüderweg 10-12
44135 Dortmund
www.anja-butschkau.de

Fon: 0231 – 58 56 18
Fax: 0231 – 58 56 28
anja@anja-butschkau.de

Liebe Dortmunderinnen und Dortmunder,
liebe Genossinnen und Genossen,

wäre dieser Newsletter einen Monat früher erschienen, hätte ich vermutlich pessimistischer begonnen. Die Bauernproteste, die Unzufriedenheit vieler Menschen mit der Politik der Ampel-Koalition und die Vereinnahmung der Proteste durch rechtsextreme Kräfte hätten mir große Sorgenfalten bereitet.
Aber die letzten zwei Wochen stimmen mich wieder positiver. Millionen Menschen in Deutschland sind aufgewacht. Sie erkennen, dass unsere demokratisch verfasste Gesellschaft bedroht ist. Dass rechte Kräfte in Deutschland die Stimmung in Deutschland vermiesen und dass die AfD eine Gefährdung unserer Demokratie ist. Allein in Dortmund gingen 30.000 Menschen auf die Straße, um zu zeigen, dass ihnen die Demokratie und eine Gesellschaft des Miteinanders wichtig sind. Eine solch große Demonstration hat Dortmund seit vielen Jahrzehnten nicht mehr erlebt.
Die Faschisten sind zurück in Deutschland. Aber die Demokrat*innen haben in den vergangenen Tagen eine deutliche Antwort gegeben: Wir sind mehr! Und wir sind stärker!
Wir werden unsere Demokratie gemeinsam gegen Rechtsextremisten verteidigen. Dazu gehört auch ein Verbot der Identitären Bewegung. Das Vermögen dieser Rechtsextremisten muss beschlagnahmt und ihre Propaganda gegen die Demokratie unterbunden werden.
Dennoch dürfen wir nicht ausklammern, dass die AfD momentan einen so großen Zuspruch hat, weil in der Politik etwas schief läuft. Der Streit in der Ampel-Koalition im Bund ist zwar verständlich angesichts der teils deutlich unterschiedlichen Interessen der drei Koalitionspartner. Die Menschen da draußen erwarten aber zu Recht, dass „die Politik“ sich zusammenreißt und das Land sicher durch die Krise führt.

Ich glaube, dass wir als SPD gute Antworten auf diese Krise haben. Antworten, die auch viele Menschen einfordern, damit sie sich ihr Leben auch zukünftig weiter leisten können. Aber leider regieren wir im Bund nicht allein, sondern in dieser schwierigen Dreier-Koalition. Im Land sind wir sogar in der Opposition. Vielen Menschen scheint aber nicht bewusst zu sein, dass unsere Möglich-

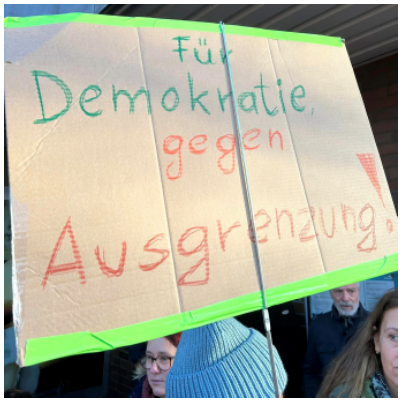
keiten beschränkter sind, als bei früheren Mehrheitsverhältnissen in Bund und Land. Da wird nicht mehr unterschieden, ob sich die SPD in der Opposition befindet und in welcher Konstellation regiert wird. Dass Politik aber bedeutet, dass man Mehrheiten organisieren muss, um etwas zu verändern, müssen wir den Bürger*innen wieder stärker vermitteln. Ich glaube, dass dies funktionieren kann, wenn man wieder stärker raus zu den Menschen geht und es ihnen erklärt. Die nächste Möglichkeit dazu bietet ein Kneipentalk mit dem Titel „NRW: Wir müssen reden“ zum Thema „Sozialer Zusammenhalt – notwendiger denn je?!“ am 22. Februar in der „Alten Post“ in Lütgendortmund. Zu Gast ist unser Fraktionsvorsitzender Jochen Ott. Kommen Sie/kommt doch vorbei und diskutiert mit uns. Und bis dahin wünsche ich eine informative Lektüre dieses Newsletters.

Ihre/Eure

## Oespel zeigt Herz für geflüchtete Menschen

Bis zu 400 geflüchtete Menschen sollen zukünftig im ehemaligen IBIS-Hotel im Indupark untergebracht werden. Das Land Nordrhein-Westfalen richtet dort eine Zentrale Unterbringungseinrichtung ein.

Von Anfang an haben die AfD und die rechtsextreme Heimat-Partei gegen diese Einrichtung gehetzt und Fremdenhass verbreitet. Sie nutzten die Sorgen und Bedenken der Oespeler*innen aus, um die Stimmung im Stadtteil zu vergiften. Dem haben wir ein deutliches Zeichen entgegengesetzt. Am 27. Januar folgten rund 300 Menschen dem Aufruf des SPD-Ortsvereins Borussia, der mit den örtlichen Vereinen und Kirchengemeinden unter dem Motto „Oespel zeigt Herz für geflüchtete Menschen“ zu einer Demonstration im Stadtteil aufrief. Die Menschen haben das bis-



herige einseitige Stimmungsbild wieder gerade gerückt. Viele Menschen unterstützen die Flüchtlingseinrichtung und haben keine Angst vor den Menschen, die hier untergebracht werden. Viele können sich vorstellen, sich auch ehrenamtlich hier zu engagieren. Mit dem Dialogforum Lütgendortmund gibt es eine erfahrene und erfolgreiche Ehrenamtsstruktur, die die Organisation des ehrenamtlichen Engagements in die Hände nimmt.

Mit einem Flugblatt informiere ich gerade über die Flüchtlingsunterkunft und den Alltag seiner Bewohner*innen. Das Flugblatt wird zur Zeit in alle Briefkästen im Stadtteil verteilt. Ich möchte damit zu einer Versachlichung der Debatte beitragen und die rechte Stimmungsmache entkräften.

Am 17. Januar hatten die Lokalpolitik und Vertreter*innen von Vereinen und Organisationen die Möglichkeit, sich in der Unterkunft einen Einblick zu verschaffen. Das ehemalige IBIS-Hotel ist kein Luxushotel, wie es die AfD-Ratsfraktion Dortmund in den sozialen Medien vermittelt. Das

gesamte Gebäude ist sehr abgewohnt und auch die Küche würde für einen weiteren Hotelbetrieb eine Sanierung benötigen. Die Zimmer sind mit einfachsten Doppelstockbetten für jeweils vier Personen ausgestattet. Die Wohnsituation ist sehr beengt.
Dennoch halte ich das ehemalige Hotel für einen geeigneten Standort. Es bietet mehr Privatsphäre als eine Turn- oder Traglufthalle, es gibt Gruppenräume für Bildungs- und Freizeitangebote und Küchen- und Speiseräumlichkeiten. Der Standort liegt nicht mitten im Wohngebiet, bietet Einkaufsmöglichkeiten im fußläufig erreichbaren Indupark an und ist perfekt an die Autobahn und den öffentlichen Nahverkehr angebunden.
Der Stadtbezirk Lütgendortmund mit seinen engagierten zivilgesellschaftlichen Strukturen hat in den letzten Jahren immer wieder gezeigt, dass die Aufnahme und die Integration geflüchteter Menschen gelingen kann. Das wird auch dieses Mal wieder der Fall sein. Meine Unterstützung ist sicher.

*Flugblatt „Flüchtlingsunterkunft in Oespel. Was Du wissen musst!“: rb.gy/zzgzy2*

## Wohnungsbaupolitik - war da was?

Dass CDU-geführte Regierungen nicht gerade Freunde für soziale Wohnraumpolitik sind, das ist hinlänglich bekannt. Bekannt ist auch, dass CDU-geführte Regierungen gerne landeseigene Wohnungsgesellschaften nur an ihrem Profit verpflichtete Investoren verscherbeln, wie das 2008 bei der LEG der Fall war. Millionen von Haushalten und Familien haben deutlich zu spüren bekommen, was eine solche mieterfeindliche Politik bedeutet: Wohnungsnot und Wohnungsarmut gehören heute zur Normalität in NRW.

Um das Thema „Bezahlbares Wohnen“ ist es in den letzten Monaten angesichts der vielen Krisen viel zu ruhig geworden, wie ich finde, denn die Lage auf dem Wohnungsmarkt ist nicht besser geworden. Immer häufiger höre ich von Menschen, die auf der Suche nach einer neuen Wohnung am fehlenden Angebot verzweifeln. Auch im Landtag holen wir als SPD das Thema gerade wieder auf die Agenda. In der letzten Plenarwoche gab es hierzu eine Aktuelle Stunde.
Wir erleben massiv steigende Mieten, eine dramatisch zurückgehende Bautätigkeit. Und beim Bau von Sozialwohnungen ist ohnehin Land unter: Nicht einmal 4.000 Sozialwohnungen wurden 2022 gebaut. Zum Vergleich: 2016 – am Ende unserer Regierungszeit – wurden noch fast 10.000 neue Wohnungen mit Mietpreisbindung in Nordrhein-Westfalen gebaut. Und Jahr für Jahr fallen immer mehr Wohnungen aus einer solchen Mietbindung: Von ehemals einer Millionen Sozialwohnungen sind gerade einmal 434.000 übriggeblieben.
Neu ist aber, dass dies alles auch für CDU-geführte Regierungen unter Beteiligung der Grünen gilt. Und zwar mit unglaublicher Härte: Mitten in einer drohenden Rezession, mitten in der Inflation möchte die Landesregierung die Bewilligungsmieten für Sozialwohnungen um gut 14 Prozent von 7,10 Euro auf 8,10 Euro pro Quadratmeter erhöhen.

Das heißt, dass denjenigen in unserer Gesellschaft, die in den vergangenen Monaten schon jeden Spielraum zum Sparen ausgereizt haben, jetzt - staatlich verordnet - die Miete erhöht wird. Niedrig- und Normalverdiener*innen bezahlen erneut für das Versagen der Landesregierung in der Wohnungsbaupolitik.

*Antrag auf Aktuellen Stunde „Mehr als 100.000 Menschen in Nordrhein-Westfalen demonstrieren für Demokratie und Vielfalt“: rb.gy/funhl0*

## Der Schutz gewaltbetroffener Frauen muss im Vordergrund stehen

Der Kampf gegen Gewalt an Frauen bewegt mich als frauenpolitische Sprecherin seit vielen Jahren. Mit der Istanbul-Konvention haben sich die Staaten in Europa dazu verpflichtet, konsequent gegen Gewalt vorzugehen und den Schutz gewaltbetroffener Frauen zu garantieren. Die Europäische Union und der Europäische Rat hatten daraufhin nachgelegt. Der Richtlinienentwurf COM/2022/105 sieht vor, die Strafbarkeit verschiedener Delikte im Bereich der Gewalt an Frauen und Mädchen zu vereinheitlichen.

Doch anstatt das Richtige zu tun und diese sinnvollen Regelungen umzusetzen, melden sich nun die Bedenkenträger - in Person von Bundesjustizminister Marco Buschmann (FDP). Er hatte rechtliche Bedenken angemeldet und befürchtet, dass die EU mit dieser Richtlinie ihre Kompetenzen weit überschreitet. Einhundert prominente Frauen veröffentlichten deshalb nun einen Offenen Brief an Marco Buschmann mit der Forderung, der EU-Richtlinie zuzustimmen.

Ich unterstütze diesen Offenen Brief! Mir ist es egal, wer für die Umsetzung zuständig ist. Ich erwarte, dass die Interessen der Betroffenen in den Mittelpunkt gestellt werden und nicht juristische Zuständigkeitsfragen. Ob die EU oder die Mitgliedsstaaten verantwortlich sind, darf keine Rolle spielen. Jetzt heißt es: Eine Lösung finden! Und da erwarte ich mehr vom Bundesjustizminister als Bedenken.

## Weitere Brückendesaster verhindern

Vor wenigen Tagen eröffnete Ministerpräsident Hendrik Wüst mit großem „Tamtam“ den lang ersehnten Neubau der ersten Hälfte der Leverkusener Rheinbrücke. Fast zehn Jahre ist es her, dass dort eine marode Brücke für den Schwerlastverkehr gesperrt werden musste. Weitere Brücken an wichtigen Verkehrsachsen kamen in den nächsten Jahren hinzu, allen voran die Vollsperrung der Rahmedetalbrücke an der A45 in Lüdenscheid. Die Sanierung der vielen maroden Brücken ist langwierig, umso wichtiger wäre es, wenn die Landesregierung zehn Jahre nach Leverkusen endlich einen umfassenden Überblick über den wirklichen Zustand der Brücken im Land hätte.

Seit dem 11. Dezember ist mit der A42-Brücke über den Rhein-Herne-Kanal nun erneut eine wichtige Verkehrsader in NRW gesperrt. Sie sorgt für Verkehrschaos rund um diese wichtige Pendler-

und Logistikroute mitten im Ruhrgebiet. Sowohl die Nerven vieler Pendler*innen und Anwohner*innen als auch die Existenz vieler Betriebe sind gefährdet. Doch aus dem Desaster der inzwischen abgerissenen Rahmedetalbrücke in Lüdenscheid hat die Landesregierung immer noch nicht gelernt: Es gibt keinen Notfallplan für die Region, erneut werden weitere Straßen und Brücken massiv zusätzlich belastet, wieder mangelt es an einem nachvollziehbaren Umleitungskonzept.
In einem Antrag forderten wir in der letzten Plenarwoche deshalb unter anderem eine*n Brückenmanager*in sowie einen Brückengipfel, auf dem eine Prioritätenliste für derartige Notlagen inklusive Notfallplänen vorgelegt wird.

*Antrag auf Aktuellen Stunde „Weitere Brückendesaster verhindern – Wir brauchen ein vorausschauendes Brückenmanagement für NRW!“: rb.gy/oa25qt*

## Landtag schiebt Pöbeleien der AfD Riegel vor

Manche Zahlen sprechen für sich. In der 16. Wahlperiode von 2012 bis 2017 hat das Landtagspräsidium 23 Ordnungsrufe gegen Abgeordnete für unflätige Bemerkungen und grenzverletzendes Verhalten verhängt. Als 2017 die AfD das erste Mal in den Landtag einzog, stieg die Zahl der Ordnungsrufe auf 113. Kein Zweifel: Mit der AfD ist der Ton schärfer geworden. Sie missbraucht Landtagsdebatten, um gegen Menschen zu hetzen und die Stimmung aufzuheizen. Die Überschreitung von Grenzen wird systematisch ausgereizt.
Wir machen jetzt Schluss damit: Gegen die Stimmen der AfD haben die demokratischen Fraktionen nun ein Ordnungsgeld von 1.000 Euro für erhebliche Entgleisungen eingeführt. Im Wiederholungsfall müssen 2.000 Euro gezahlt werden.

Dabei geht es nicht einfach um die Erzwingung guten Benehmens. Es geht um die Bewahrung der demokratischen Auseinandersetzung. Der Austausch von Argumenten, egal wie scharf vorgetragen, bedeutet immer die Anerkennung des politischen Gegenübers als demokratischen Bürger*in. Doch wer kräftig schreit, beleidigt und pöbelt, der will auf Argumente verzichten und tritt das demokratische Recht der Redefreiheit mit Füßen. Es ist deshalb richtig in der Herzkammer der Demokratie dieses antidemokratische Verhalten zu bestrafen.
Die AfD hat gegen die Einführung des Ordnungsgeldes gestimmt. Sie will weiter ungestraft Gift und Galle spritzen, denn der politische Gegner ist ihr Feind, der nicht zu überzeugen, sondern zu bekämpfen ist. Und genau deshalb, muss die AfD von allen demokratischen Kräften bekämpft werden.

## Erinnern heißt, Verantwortung zu übernehmen

Seit vielen Jahren gedenken wir am 27. Januar den Opfern des Nationalsozialismus. Doch selten war dieser Gedenktag so präsent, wie in diesem Jahr. Der steigende Antisemitismus und die Enthüllungen über rechtsextreme Deportationsfantasien zeigen, dass „Nie wieder“ keine gesellschaftliche Selbstverständlichkeit ist, sondern stetig erkämpft werden muss.
Auch im Landtag war das Gedenken an die Shoah gegenwärtig. In einer bewegenden Gedenkstunde von Landtag und Landesregierung gab die Holocaust-Überlebende Theresia Neger in einem Video-Interview bewegende Einblicke in ihre Verfolgungsbiografie. Der Schwerpunkt der diesjährigen Gedenkveranstaltung lag auf dem Gedenken an die Opfergruppe der Sinti und Roma.

Nur zwei Tage zuvor war das Erinnern an diese schrecklichen Verbrechen auch Thema der Plenardebatte im Landtag. Die demokratischen Fraktionen von SPD, CDU, Bündnis90/DieGrünen und FDP hatten sich in einem gemeinsamen Antrag dazu bekannt, dass das Erinnern an die Shoah gesellschaftlicher Grundkonsens ist. Gemeinsam setzen wir uns für die weitere Aufarbeitung und das Gedenken, für den Schutz jüdischen Lebens und die Stärkung der politischen Bildung ein.

*Interfraktioneller Antrag „Gedenken an die Opfer des Nationalsozialismus – Erinnern heißt Verantwortung zu übernehmen“: rb.gy/xaxpvz*

## Wiederwahl auf der AWO-Unterbezirkskonferenz

Seit vier Jahren bin ich Vorsitzende der AWO Dortmund. Für vier weitere Jahre hat mich Anfang Februar die AWO-Unterbezirkskonferenz nun in meinem Amt bestätigt. Ich freue mich, dass die Delegierten mir dieses Vertrauen geschenkt haben und setze mich in schwierigen Zeiten weiter für eine positive Entwicklung unseres Verbandes ein. Solidarität mit den Schwächsten in unserer Gesellschaft und klare Haltung gegen den Rechtsruck in unserem Land – das ist das Signal, das von der Unterbezirkskonferenz ausgeht.

## SoVD Hombruch besuchte den Landtag

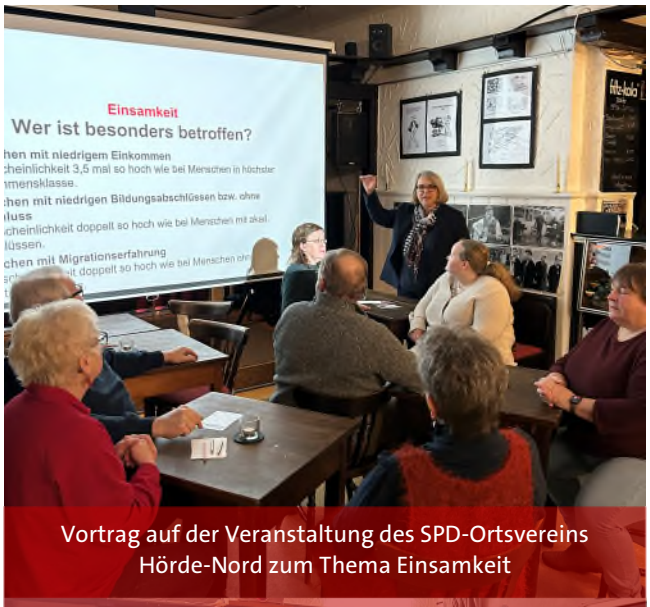
Auf meine Einladung besuchten 15 Frauen des SoVD-Ortsverbands Hombruch/Ost-West im Januar den Landtag. Nach einem informativen Einführungsvortrag über die Arbeit des Parlaments und dem Besuch der Plenarsitzung diskutierten sie mit meinem Abgeordnetenkollegen Ralf Stoltze und mir über den Zusammenhalt in unserer Gesellschaft. Gerade der Umgang mit der AfD im Landtag und die vielen Demonstrationen für Demokratie wenige Tage zuvor stießen dabei auf großes Interesse.
Einen besonderen Einblick in den Landtag erhielt zudem Constantin Bader. Ich lernte ihn am Rande einer SPD-Veranstaltung kennen. Da er großes Interesse an Politik zeigte, lud ich den Schüler des Goethe-Gymnasiums zu einem Besuch hinter die Kulissen des Landtags ein.

## Butschkau unterwegs

Hier seht Ihr wieder – kurz notiert – was sonst noch so war.

Geballte SPD-Power auf dem Neujahrsempfang der Arbeitsgemeinschaft der Dortmunder Wohlfahrtsverbände

Die Revisionskommission der AWO Westliches Westfalen zu Gast im Landtag.

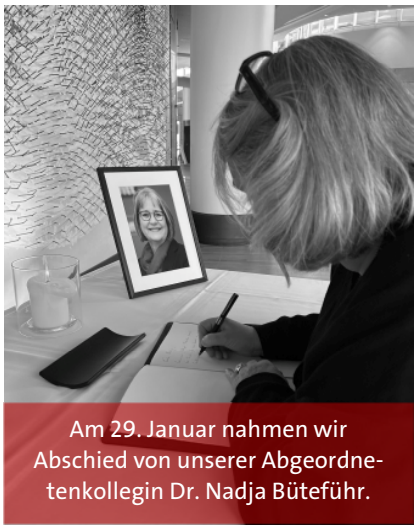



Vortrag auf der Veranstaltung des SPD-Ortsvereins Hörde-Nord zum Thema Einsamkeit

Empfang des Zeitzeugenprojekts „Die Kinder von Auschwitz“ im Landtag

Das Gedenken an den Holocaust ist für mich von besonderer Bedeutung.

Neujahrsempfang des VdK NRW



Am 29. Januar nahmen wir Abschied von unserer Abgeordnetenkollegin Dr. Nadja Büteführ.

Impressionen von der Demo „Oespel zeigt Herz für geflüchtete Menschen“